

VERTRAG ÜBER DIE GESTELLUNG VON PERSONAL

Zwischen

dem Landkreis Lindau (Bodensee), Stiftsplatz 4, 88131 Lindau (Bodensee), vertreten
durch den Landrat, Herrn Elmar Stegmann,

– im Folgenden „**Landkreis**“ genannt –,

und

[...], Adresse, vertreten durch [...],

– im Folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt –,

– gemeinsam im Folgenden auch „**Parteien**“ genannt –,

wird nachfolgender Personalgestellungsvertrag im Sinne Satz 2 der Protokollerklärung zu § 4 Abs. 3
TVöD geschlossen.

Aus Gründen der Lesbarkeit ist in diesem Vertrag nur die männliche Sprachform gewählt worden. Alle
personenbezogenen Aussagen gelten jedoch stets für alle Geschlechter gleichermaßen.

Präambel

Der Landkreis ist örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 69 SGB VIII, Art. 15 AGSG und Auf-
tragnehmer des Schülerwohnheims Lindau (Bodensee), Reutiner Straße 12, 88131 Lindau (nachfolgend
„**Schülerwohnheim**“ genannt).

Am [Datum] schlossen die Parteien im Rahmen eines Vergabeverfahrens eine Leistungs-, Entgelts- und
Qualitätsentwicklungsvereinbarung über Leistungen zum Betrieb des Schülerwohnheims (nachfolgend
„**LEQV**“ genannt).

Mit der vorliegenden Vereinbarung soll eine Regelung über die Personalgestellung der LK-Mitarbeiter
[...] an den Auftragnehmer getroffen werden.

INHALTSVERZEICHNIS

Präambel.....	1
§ 1 Vertragsgegenstand	3
§ 2 Einsatz- und Aufgabenbereiche, Arbeitsmittel	3
§ 3 Arbeitsbedingungen der LK-Mitarbeiter	3
§ 4 Gespaltene Arbeitgeberstellung, fachliche/ disziplinarische Weisungsbefugnisse	4
§ 5 Sonstige Rechte und Pflichten der Parteien.....	4
§ 6 Arbeitsschutz, Unfallmeldepflicht.....	5
§ 7 Haftung.....	6
§ 8 Vertragslaufzeit.....	6
§ 9 Schlussbestimmungen.....	6
§ 10 Erhaltungs- und Ergänzungsklausel.....	7

§ 1 Vertragsgegenstand

- 1.1 Der Landkreis stellt dem Auftragnehmer für den Betrieb des Schülerwohnheims die Arbeitsleistung folgender Arbeitnehmer (nachfolgend einzeln oder gemeinsam „LK-Mitarbeiter“ genannt) nach Maßgabe der vorliegenden Vereinbarung zur Verfügung:

[Name der Person]¹

- 1.2 Es handelt sich hierbei um eine Personalgestellung i. S. d. § 4 Abs. 3 TVöD, deren Anlass die Übertragung der Betriebsführung des Schülerwohnheims vom Landkreis auf den Auftragnehmer ist.
- 1.3 Das Arbeitsverhältnis der beiden unter Absatz 1 genannten Mitarbeiter mit dem Landkreis besteht weiter und die beiden Arbeitnehmer erbringen ihre Arbeitsleistung zukünftig bei einem anderen Arbeitgeber (§ 1 (3) Nr. 2 b AÜG).

§ 2 Einsatz- und Aufgabenbereiche, Arbeitsmittel

- 2.1 Der Auftragnehmer wird die LK-Mitarbeiter, die der Landkreis ihm per direktionsrechtlicher Anweisung überlässt, mit Tätigkeiten und Aufgaben betrauen, die sich in ihrem wesentlichen Charakter mit denjenigen Tätigkeiten und Aufgaben decken, die der betreffende LK-Mitarbeiter vor Beginn der Personalgestellung beim Landkreis wahrgenommen hat. Dementsprechend erfolgt der Einsatz wie folgt:

[Name der Person]

[Name der Person] bleibt beim AUFTRAGNEHMER weiterhin als **Sozialpädagoge** eingesetzt.

§ 3 Arbeitsbedingungen der LK-Mitarbeiter

- 3.1 Die Arbeitsbedingungen der LK-Mitarbeiter richten sich nach den auf ihr Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis zur Anwendung gelangenden gesetzlichen, vertraglichen und tariflichen Regelungen, mithin maßgeblich nach dem TVöD.
- 3.2 Die Parteien sind sich einig, dass nach aktuell gültiger Rechtslage (keine Anwendbarkeit des AÜG, vgl. § 1 Abs. 3 Nr. 2b AÜG) der im Anwendungsbereich des AÜG geltende Equal-Pay-Grundsatz nicht zum Tragen kommt.

¹ Der Name der Person wird dem Auftragnehmer zu gegebener Zeit mitgeteilt.

§ 4 Gespaltene Arbeitgeberstellung, fachliche/ disziplinarische Weisungsbefugnisse

- 4.1 Der Auftragnehmer wird die LK-Mitarbeiter unverändert im Rahmen der im vorliegenden Vertrag vereinbarten Tätigkeitsfelder beschäftigen. Der Landkreis als deren Vertragsarbeitgeber tritt dem Auftragnehmer insoweit seine Ansprüche auf Arbeitsleistung gegen die LK-Mitarbeiter ab.
- 4.2 Die LK-Arbeitnehmer werden in die Betriebsorganisation des Auftragnehmers eingegliedert. Im Zuge der durch die Personalgestellung typischerweise aufgespaltenen Arbeitgeberstellung wird der Auftragnehmer gegenüber den LK-Mitarbeitern das fachliche Direktionsrecht wahrnehmen und deren Arbeitsausführung überwachen. Im Rahmen der gesetzlichen und vertraglichen Vorgaben sowie bei Bedarf nach Rücksprache mit dem Landkreis wird der Auftragnehmer auch die wesentlichen, den täglichen Arbeitsablauf betreffenden Entscheidungen über den Einsatz der LK-Mitarbeiter nach Zeit und Ort treffen und diese gegenüber den LK-Mitarbeitern kommunizieren. Der Auftragnehmer sichert zu, beim Einsatz der LK-Arbeitnehmer die Regelungen des Arbeitszeitgesetzes einzuhalten.
- 4.3 Die Parteien stimmen überein, dass durch die Gestellung der Arbeitsleistung der LK-Mitarbeiter an den Auftragnehmer die zwischen dem Landkreis und den LK-Mitarbeitern bestehenden jeweiligen arbeitsvertraglichen Beziehungen nicht berührt werden.
- 4.4 Da der Landkreis weiterhin Vertragsarbeitgeber der LK-Mitarbeiter bleibt und ihm in dieser Funktion die grundlegende disziplinarische Weisungsbefugnis obliegt, wird der Auftragnehmer den Landkreis bei der Wahrnehmung und Ausübung dieser Befugnis bestmöglich unterstützen. Dazu gehört u. a. die vollständige und rechtzeitige Versorgung des Landkreises mit etwaig benötigten bzw. angeforderten Informationen. Die Parteien werden insofern in besonderem Maße eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.
- 4.5 Unternehmerische Interessen des Auftragnehmers wird der Landkreis bei Ausübung des disziplinarischen Direktionsrechts angemessen berücksichtigen. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf Zeitpunkt und Lage des Urlaubs der LK-Mitarbeiter. Bei Krankmeldungen der LK-Mitarbeiter wird der Landkreis den Auftragnehmer unverzüglich über die Angaben des LK-Mitarbeiters zum Bestehen und der voraussichtlichen Dauer der Erkrankung informieren.

§ 5 Sonstige Rechte und Pflichten der Parteien

- 5.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die LK-Mitarbeiter vom Landkreis vereinbarungsgemäß im Schülerwohnheim einzusetzen (vgl. auch § 2 Ziffer 2.1).
- 5.2 Wie in § 36.3.1 LEQV. geregelt, sind sämtliche Kosten, insbesondere natürlich Arbeitgeberkosten wie Lohn- und Lohnnebenkosten für den Einsatz der LK-Mitarbeiter im Schülerwohnheim vom Landkreis als deren Vertragsarbeitgeber zu tragen. Dieser überweist sämtliche zu leistenden Zahlungen direkt an die LK-Mitarbeiter bzw. an die zuständigen dritten

Stellen. Eine Kostentragungs- bzw. Erstattungspflicht des Auftragnehmers als Gegenleistung für die Gestellung der LK-Mitarbeiter besteht nicht.

- 5.3 Der Landkreis ist nicht zur Gestellung weiterer oder anderer als der unter § 2 dieser Vereinbarung genannten Arbeitnehmer an den Auftragnehmer verpflichtet. Dies gilt auch, wenn der Auftragnehmer mit der Arbeitsleistung der LK-Mitarbeiter unzufrieden sein sollte oder dieser für die vorgesehene Tätigkeit nicht geeignet ist. Ein Austausch der LK-Mitarbeiter gegen andere Arbeitnehmer des Landkreises ist ausgeschlossen. Auch im Fall von Krankheits-, Urlaubs- oder sonstiger Abwesenheit (z. B. Mutterschutz) der LK-Mitarbeiter sowie bei Beendigung oder Ruhen ihrer Arbeitsverhältnisse ist der Landkreis im Verhältnis zum Auftragnehmer nicht zur Bereitstellung von Ersatzkräften oder sonstigen Ersatzleistungen (Schadensersatz o. ä.) verpflichtet. Entsprechendes gilt, sofern vorübergehend oder dauerhaft eine Personalgestellung wegen Änderung der Rechtslage nicht mehr im Einklang mit Rechtslage oder den gesetzlichen Vorschriften möglich ist oder sich entsprechende Tendenzen in der Rechtsprechung abzeichnen.
- 5.4 Der Landkreis wird die LK-Mitarbeiter im Rahmen des rechtlich und tatsächlich Möglichen und sofern keine berechtigten Interessen des Landkreises entgegenstehen, auf die jeweils aktuelle Fassung der Verhaltensregeln des Auftragnehmers (Satzung, Compliance)² über die Zusammenarbeit des Auftragnehmers mit privaten und öffentlichen Dritten und deren Mitarbeitern hinweisen und sie zur Beachtung der Regelungen anhalten. Die bei Abschluss dieser Vereinbarung geltenden Verhaltensregeln sind diesem Vertrag als Anlagen beigelegt. Etwaige Neufassungen der Verhaltensregeln wird der Auftragnehmer dem Landkreis unaufgefordert zur Verfügung stellen.
- 5.5 Der Landkreis ist verpflichtet, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle LK-Mitarbeiter mit den wesentlichen Bestimmungen der Gesetze, Vorschriften und Regelung der Personalgestellung vertraut sind und diese einhalten.
- 5.6 Der Landkreis hat die LK-Mitarbeiter auf die Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Auftragnehmers sowohl während der Dauer der Tätigkeit beim Auftragnehmer als auch nach deren Beendigung zu verpflichten, soweit nicht berechnigte Interessen des Landkreises entgegenstehen.
- 5.7 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die sich aus dem Einsatz der LK-Mitarbeiter in seinen Betrieb - das Schülerwohnheim - ergebenden Fürsorgepflichten zu erfüllen.

§ 6 Arbeitsschutz, Unfallmeldepflicht

- 6.1 Es besteht Einigkeit, dass die Tätigkeit der LK-Mitarbeiter den für den Betrieb des Auftragnehmers geltenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Arbeitsschutzes unterliegt. Die

² Im Rahmen der Vertragsverhandlungen wird zwischen Bietern und Auftraggeber abgestimmt, welches Vorgehen hier zweckdienlich ist.

sich hieraus ergebenden Pflichten für den Arbeitgeber obliegen dem Auftragnehmer unbeschadet der Pflichten des Landkreises.

- 6.2 Einen Arbeitsunfall eines LK-Mitarbeiters hat der Auftragnehmer dem Landkreis unverzüglich, d. h. am Schadenstag, telefonisch und schriftlich zu melden. Dieser ist gemeinsam zu untersuchen. Zu diesem Zwecke gewährt der Auftragnehmer dem Landkreis freien Zutritt zu den Arbeitsbereichen, in denen der jeweilige LK-Mitarbeiter eingesetzt wird.

§ 7 Haftung

- 7.1 Für den Fall, dass dem Auftragnehmer entgegen der rechtlichen Einschätzung der Parteien bei Vertragsschluss wider Erwarten Nachteile finanzieller Art aus dem gewählten Modell der Personalgestellung erwachsen sollten, stellt der Landkreis den Auftragnehmer im Innenverhältnis von allen hieraus resultierenden Kosten frei.

§ 8 Vertragslaufzeit

- 8.1 Die vorliegende Vereinbarung tritt mit Wirkung ab dem [Datum] in Kraft.
- 8.2 Sie endet spätestens, ohne dass es eines gesonderten Beendigungstatbestandes (wie z. B. Kündigung) bedürfte, mit Beendigung der LEQV.
- 8.3 Unabhängig davon verpflichten sich die Parteien für den Fall, dass sich mit Blick auf die vorliegende Vereinbarung Änderungsbedarf aus einer geänderten Rechtslage oder tatsächlichen Umständen (z.B. Tätigkeitswechsel des gestellten LK-Mitarbeiters des Landkreises in eine andere Position innerhalb des Landkreises oder Beendigung des Arbeitsverhältnisses zwischen Landkreis und LK-Mitarbeiter) ergeben sollte, im kooperativen Zusammenwirken eine rechtzeitige Änderung der vorliegenden Vereinbarung herbeizuführen, um ihren (gegebenenfalls modifizierten) Fortbestand im Rahmen des rechtlich Zulässigen zu gewährleisten. Ist dies nicht oder nur mit unzumutbarem Risiko möglich, hat jede Partei das Recht, die vorliegende Vereinbarung in Ermangelung einer einvernehmlichen Lösung mit einer Frist von 3 Monaten zum Kalendermonatsende zu kündigen.
- 8.4 Das Recht zur außerordentlichen fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt.
- 8.5 Jede Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

§ 9 Schlussbestimmungen

- 9.1 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für Änderungen dieses Schriftformerfordernisses. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- 9.2 Die im Vertrag angeführten Anlagen sind Vertragsbestandteile.

- 9.3 Als Gerichtsstand vereinbaren die Parteien - soweit gesetzlich zulässig – Lindau (B).
- 9.4 Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

§ 10 Erhaltungs- und Ergänzungsklausel

- 10.1 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden oder sollte sich im Vertrag eine Lücke herausstellen, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.
- 10.2 Sollte in der Vereinbarung ein regelungsbedürftiger Punkt nicht benannt oder nicht ausreichend geregelt worden sein, so verpflichten sich die Parteien, die Lücke im Sinne und Geiste dieser Vereinbarung durch eine ergänzende Regelung zu schließen. Dieser Vertrag ist nach den Grundsätzen verständiger und loyaler Kaufleute auszulegen und zu handhaben.
- 10.3 Sollten während der Vertragsdauer Umstände (wie rechtliche oder technische Normänderungen) eintreten, welche die wirtschaftlichen, technischen oder rechtlichen Auswirkungen dieses Vertrages wesentlich berühren, die aber in diesem Vertrag nicht geregelt oder die bei seinem Abschluss nicht bedacht worden sind, oder erweisen sich Bestimmungen dieses Vertrages für die Parteien (bezogen auf diesen Vertrag) als unzumutbar, so soll diesen Umständen nach Vernunft und Billigkeit durch Vertragsanpassung Rechnung getragen werden.
- 10.4 Die Partei, die sich auf derartige Umstände beruft, hat die hierfür erforderlichen Tatsachen darzulegen und nachzuweisen.

Lindau, den [Datum]

Ort, Datum

Ort, Datum

Landkreis

Herr Elmar Stegmann (Landrat)

Auftragnehmer